

Aufschrei gegen Waffenhandel

Diskussionsbeitrag zum Zusammenhang von Kapitalismus und Rüstungsexporten

Von Dominic Kloos

Im Mai 2011 startete die bundesweite Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel: Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht“. Hauptmotiv der ‚Neuaufgabe‘ der Rüstungsexportkampagne aus den 1980er Jahren sind die in den letzten Jahren massiv gestiegenen Ausfuhren von Rüstungsgütern: Deutschland stieg dadurch auf Rang drei der weltweiten Rüstungsexporteure auf. Auch das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar hat sich dieser zunächst bis 2013 begrenzten Kampagne angeschlossen. Es wird dabei versuchen, die eigene kapitalismuskritische Orientierung in die Kampagne einzubringen, denn auch die Problematik der Rüstungsexporte sollte im Kontext der Krise des Kapitalismus gesehen werden.

Der Aufschrei gegen den starken Ausbau des Exports von Rüstungsgütern ist im tausendfachen Tod, den Verstümmelungen, der Profitorientierung des sog. militärisch-industriellen Komplexes und den durch die Bindung von Haushaltsgeldern verursachten Entwicklungshemmnissen in Ländern des globalen Südens begründet. Allein in Afrika werden rund 100 Mio. Kleinwaffen mit höchst zerstörerischem Potential vermutet (Heinz 2011).

Deutschland ist ‚Europameister‘

Nach dem Zweiten Weltkrieg erklärten alle deutschen Bundesregierungen, dass sie eine restriktive Rüstungsexportpolitik betreiben würden. Auch die acht Kriterien des gemeinsamen Standpunktes der EU (ehem. EU-Verhaltenskodex) für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern aus dem Jahr 2008 sollen eher beschränkend wirken. Die rot-grüne Regierung verordnete sich im Jahr 2000 neue politische Grundsätze für eine besonders restriktive Rüstungsexportpolitik. Trotzdem sind die deutschen Rüstungsexporte seitdem massiv gestiegen, in den letzten fünf Jahren haben sie sich etwa verdoppelt (GKKE 2011), womit Deutschland zum „Europameister“ und zum drittgrößten Rüstungsexporteur weltweit aufgestiegen ist.¹ Deutschland hatte 2010 laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI einen Anteil von über 10 % am weltweiten Handel mit Groß- und Kleinwaffen inne gehabt, hinter den USA (ca. 30%) und Russland (ca. 20%). Nimmt man allein die drei europäischen Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammen, die z.T. gemeinsam produzieren, so würde diese ‚Dreier-EU‘ etwa gleichauf mit Russland in der Liste der weltweiten Rüstungsexporteure rangieren. Deutschland

¹ Zur Datenlage ist anzumerken, dass die Verfahren, die Umfang, Werte und Zeitpunkte von Waffentransfers ermitteln sollen, stark voneinander abweichen: „Von offizieller deutscher Seite liegen keine exakten Daten über Rüstungsexporte vor. Die jährlich vollzogenen Ausfuhren werden vom Statistischen Bundesamt nur für den Teilbereich der als „Kriegswaffen“ eingestuft Rüstungsgüter im Rahmen der Außenhandelsstatistik erfasst. Für den weitaus umfangreicheren der ‚übrigen Rüstungsgüter‘ gibt die Bundesregierung allein die jährlichen Genehmigungswerte bekannt. Dabei unterscheidet sie zwischen ‚Einzelausfuhrgenehmigungen‘ und ‚Sammelausfuhrgenehmigungen‘“ (Moltmann 2011). Einzelausfuhren sind laut Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA 2011) die „(Genehmigung der) Lieferung eines Gutes oder mehrerer Güter aufgrund eines Auftrages an einen Empfänger.“ Sammelausfuhren werden wie folgt definiert: „Unter bestimmten Voraussetzungen besteht auf Antrag die Möglichkeit, anstelle einer Einzelgenehmigung bestimmten zuverlässigen Ausführern eine Sammelausfuhrgenehmigung zu erteilen. Diese Genehmigung erlaubt die Ausfuhr einer Gruppe von Gütern an mehrere Empfänger.“

nahm allein im Jahr 2010 zwischen 2,1 und 2,6 Mrd. EUR durch Rüstungsgüter ein. In dem Zeitraum von 2005 bis 2009 waren es zusammen ca. 3 Mrd. EUR.

Zudem hat Deutschland seit dem Jahr 2000 Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgüter an 40 Staaten im Umfang von 6,43 Milliarden Euro durch staatliche Ausfallbürgschaften (Hermes-Bürgschaften) abgesichert, allein 2009 im Wert von 1,92 Mrd. EUR (GKKE 2010). „Die Angaben für 2010 (32 Mio.) sind gegenüber den Vorjahren zurückgegangen, weil keine kostspieligen Exporte von Kriegsschiffen oder von Materialpaketen für deren Bau im Empfängerland abzusichern waren“ (GKKE 2011).

Profitierende Unternehmen

Produziert werden Großwaffen laut SIPRI (Süddeutsche 2011) von US-amerikanischen Unternehmen wie Lockheed Martin (größtes Rüstungsunternehmen der Welt, Umsatz: 33 Mrd. EUR) und Boeing (Platz 3); vom größten europäischen und zweitgrößten weltweiten Rüstungsunternehmen BAE Systems aus Großbritannien (Umsatz: 22,4 Mrd. Pfund) oder dem siebtgrößten Rüstungsunternehmen der Welt EADS (European Aeronautic Defence and Space Company) mit mehrheitlichen Anteilen aus Frankreich und Deutschland (die Daimler AG hält 22,5% der EADS-Aktien). Seit 2002 steigerten die 100 führenden Rüstungskonzerne ihre Umsätze um 60 Prozent (Spiegel 2012).

Auch sogenannte Kleinwaffen² werden in Deutschland produziert und in zahlreiche Länder exportiert, darunter etliche, in denen Menschenrechte massiv verletzt werden. Im Jahr 2009 wurden Kleinwaffen im Wert von über 70 Mio. Euro exportiert. Die Firma Heckler & Koch aus Oberndorf am Neckar ist der größte europäische Pistolen- und Gewehrhersteller mit einem Umsatz im Jahr 2010 von 247 Mio. EUR (Hecker & Koch 2011). Auch ohne Ausfuhrgenehmigung in Konfliktgebiete wie Sri Lanka, Darfour (Sudan) oder Kenia konnten H&K-Gewehre Dank der Lizenzvergabe und damit einhergehender Produktion in Ländern wie Türkei, Mexiko, Thailand oder Iran in gefährdete Regionen gelangen. Die erschreckendste Zahl in Bezug auf Kleinwaffen stammt vom Roten Kreuz: Danach sterben 90-95% aller Kriegesopfer durch Kleinwaffen (Grässlin 2009 und DAKS 2004).

Besonders stark sind deutsche Unternehmen in der Herstellung von Komponenten für sog. Dual-Use-Güter (z.B. Drohnen), die offiziell nicht zu den Rüstungsgütern gehören. Die Genehmigungswerte für die Ausfuhr von Gütern mit doppeltem (zivilem und militärischem) Verwendungszweck stiegen 2010 auf 4,8 Mrd. EUR – dies umfasst ca. 0,5% des gesamten deutschen Außenhandels und entspricht damit in etwa dem Wert wie die Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter.

Folgen deutscher Waffenexporte – Zeugenberichte

Den Opfern und ZeugInnen der Folgen deutscher Waffenexporte gibt die „Aktion Aufschrei“ eine Stimme, indem sie einzelne von ihnen nach Deutschland einlädt, damit sie über ihr Schicksal berichten. Diese Reisen sind ein Beitrag, das Schweigen über die Praxis deutscher Rüstungsexporte zu brechen.

Zwei Zeugen, die exemplarisch für viele andere stehen, werden auf der Webseite

² Kleinwaffen sind leicht zu bedienen und zu bewegen, relativ günstig, leicht verfügbar und wenig störanfällig – z.B. leichte und schwere Maschinengewehre, tragbare Raketenwerfer, Landminen etc.

www.aufschrei-waffenhandel.de vorgestellt:

- **Hayrettin Altun**
Der kurdische Lehrer erlebte in seinem Heimatdorf Tiyaks (türkisch Narlica) eine glückliche Kindheit. Dieses Dorf wurde in der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen der türkischen Armee und der PKK vom Militär mit G3-Gewehren und Granatwerfern weitgehend zerstört.
- **Abdirahman Dahir Mohamed**
Er verlor seinen rechten Unterschenkel, weil eine Kugel aus einem G3-Gewehr sein Knie zerstörte. Das geschah, als sich Somaliland in einem Krieg (1988-91) von Somalia abspaltete.
- Im November 2011, Februar/März und Juni 2012 ist **Emanuel Matondo** aus Angola in vielen deutschen Städten unterwegs, um über die Auswirkungen deutscher Waffen im südlichen Afrika zu berichten. Mehr unter www.connection-ev.de.

Export um jeden Preis

Laut Grundgesetzartikel 26(2) bedürfen zur Kriegsführung bestimmte Waffen der Genehmigung der Bundesregierung, bevor sie hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Näheres sollte ein Bundesgesetz regeln, wobei sich zwei Gesetze, namentlich Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und Außenwirtschaftsgesetz (AWG), ergänzen sollen, de facto aber das AWG als Exportförderungsgesetz mit möglichst wenig Regulierungen umgesetzt wird. Somit können gerade die Rüstungsgüter, die keine Kriegswaffen darstellen (Motoren für Kriegsschiffe und -flugzeuge u.v.m.), problemlos exportiert werden.

Der Rechtsexperte der „Aktion Aufschrei“, Rechtsanwalt Holger Rothbauer, schreibt hierzu (ORL 2011): „Der Regelungsbereich ‚zur Kriegsführung bestimmte Waffen‘ sollte (den deutschen Verfassungsvätern entsprechend) abschließend und umfassend in einem einzigen Bundesgesetz geregelt werden, was auch in Form des KWKG geschehen ist. Das KWKG regelt auch Sachverhalte mit Auslandsbezug, da der Im- und Export ein Befördern bzw. Inverkehrbringen darstellen kann. Der Gesetzgeber hat nur das KWKG als ausdrückliches Ausführungsgesetz zu Art. 26 Abs. 2 GG erlassen.

KWKG und AWG weisen stellenweise Überschneidungen im Anwendungsbereich auf, letzteres dient allerdings gerade nicht der Umsetzung des Verfassungsauftrags. Das KWKG ist wegen der Anknüpfung an den Kriegswaffenbegriff enger als das AWG, welches sämtliche Waren erfasst und somit gerade in Bezug auf Rüstungsgüter, die keine Kriegswaffen darstellen, eine gewisse Auffangfunktion hat.“

Normalerweise entscheidet das Wirtschaftsministerium bzw. das BAFA über den Export, in strittigen Fragen des Exports von Kriegswaffen der Bundessicherheitsrat (BSR). Dieser ist ein Gremium, dem KanzlerIn, Verteidigungs-, Außen- und EntwicklungsministerIn sowie weitere staatliche VertreterInnen angehören. Die Abstimmungsergebnisse bleiben geheim und der Bundestag darf bei Rüstungsexporten nicht mitreden. Wie an den obigen Zahlen abzulesen ist, hat der BSR immer mehr (auch strittige) Exporte genehmigt, obwohl die in den Verträgen festgeschriebene Endverbleibsklausel kaum Gewissheit bringt, dass Waffen nicht weiterverbreitet werden. So ist auch zu erklären, dass Waffen in mexikanischen Bundesstaaten landen, die wegen interner Konflikte keine deutschen Waffen erhalten dürften, oder in Libyen G3-Gewehre gefunden werden, die nach Ägypten geliefert wurden (Friedrichs/Hildebrandt 2011).

Die Frage ist nun, warum die Exporte im letzten Jahrzehnt gestiegen sind und somit auch die Wahrscheinlichkeit erhöht wird, dass exportierte Waffen in Konfliktgebiete gelangen.

Zu konstatieren sind zunächst folgende Veränderungen auf dem globalen Rüstungsmarkt (Grebe 2011):

- Es werden nicht mehr vollständige Waffensysteme geliefert, sondern Einzelteile, die in Empfängerländern zusammen gebaut werden.
- Innerhalb von Bündnissen wie der NATO werden Rüstungsgüter aus Kostengründen immer häufiger gemeinsam genutzt.
- Traditionelle Lieferbeziehungen lösen sich auf, es wird mehr in sogenannte Drittstaaten³ exportiert. Zwischen 2003 und 2006 wurden 63% aller Rüstungsvereinbarungen mit Drittstaaten getroffen, zwischen 2007 und 2010 lag die Zahl sogar bei 79%.

Zwei Drittel der deutschen Rüstungsexporte gehen zwar auch weiterhin an Bündnispartner und ihnen gleichgestellte Länder (Südafrika und Israel), die der EU bzw. NATO angehören – das ist z.B. angesichts der Menschenrechtslage im kurdischen Teil der Türkei oder der Finanzlage Griechenlands mehr als fragwürdig. Die oben genannten Zahlen weisen aber auch eine deutliche Tendenz des Rüstungsexports in Drittstaaten auf.

Wohin gingen deutsche Waffen 2010?

1. Griechenland (15%)
2. Südafrika (11%)
3. Türkei (10%)

71% aller erteilten Einzelausfuhrgenehmigungen gingen an EU-, NATO- oder diesen gleichgestellte Länder.

Der Rest ging an folgende „Drittstaaten“:

1. Südkorea
2. Vereinigte Arabische Emirate
3. Saudi-Arabien
4. Indien
5. Pakistan
6. Irak
7. Singapur

QUELLE: GKKE 2011

Die erhöhten Exporte in Drittstaaten sind laut Jan Grebe vom Bonner Konversionszentrum (Grebe 2011) zum einen auf die Erneuerung alter Bestände und zum anderen auf den starken Wirtschaftsaufschwung in den letzten 15 Jahren in Schwellenländern und Ölstaaten zurückzuführen. Dies sind die Länder, vor allem im Nahen Osten und Südasien, die seit Jahren die höchsten Wachstumsraten in Bezug auf Rüstungsaufträge haben. Auch Rüstungsexporte in Entwicklungsländer nahmen in den letzten Jahren leicht zu, allerdings nicht so markant (GKKE 2011).

³ Drittstaaten sind Staaten, die nicht einem gemeinsamen Abkommen oder einem Bündnis angehören.

Die Rolle des Staates im Krisenkapitalismus

Das Motto der Kampagne: ‚Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht‘ läuft im zweiten Teil Gefahr, in eine moralisierende Verkürzung zu geraten. Die Frage der Rüstungsexporte ist nicht einfach eine Frage individueller Moral, sondern eingebunden in strukturelle Zusammenhänge der gegenwärtigen ‚Entwicklung‘ bzw. Krise des Kapitalismus.

In die Diskussion einzubeziehen wäre die grundsätzliche Einsicht, dass Staat und Politik nicht das moralisch gute Gegenüber zu einer profitorientierten Ökonomie darstellen, die über Leichen geht. Seine Rolle ist die des ‚ideellen Gesamtkapitalisten‘. Angesichts einer privat und in Konkurrenz organisierten Produktion und ihrer Krisenanfälligkeit hat er dafür zu sorgen, dass der Zusammenhang des kapitalistischen ‚Ganzen‘ gewahrt bleibt. Insofern kann er ethischen Imperativen nur soweit folgen, als diese seine Rolle als Wahrer der Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Gesamtzusammenhangs nicht in Frage stellen. An dieser Schnittstelle käme es darauf an, strukturelle Systemzwänge zu thematisieren, die sich nicht einfach durch Appelle an die ethische Verantwortung der Täter auflösen lassen. Systemlogik und Systemzwänge agieren durch die ‚Täter‘ hindurch, in ihrem Handeln, auch wenn sich die Grenze zwischen Ethik und System nicht empirisch genau benennen lässt.

Von der Rolle des Staates als ‚ideeller Gesamtkapitalist‘ sind im Hinblick auf Rüstungsexporte vor allem drei Aspekte wichtig:

1. Exportförderung

Auf Grund der Neuausrichtung der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer ‚schlankeren‘ Kriseneinsatzarmee, werden ältere deutsche Bestände verkauft und die Produktion lohnt sich nur noch, wenn der Export gesteigert wird. Das heißt, dass eine Markterweiterung hinter den gestiegenen Rüstungsexporten steckt. Dies ist eine Forderung, die von Arbeitgeber- wie z.T. auch von ArbeitnehmervertreterInnen gestellt wird (German Foreign Policy 2011). Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie erwartet als Konsequenz auf die geringeren Auftragsvolumina der Bundeswehr Unterstützung beim Export: "Klar ist, wenn weniger bestellt wird, hat das auch Konsequenzen für die Unternehmen, für den Zulieferer-Bereich und wir werden dann mit dem Verteidigungsministerium auch über die Frage von Export nachdenken, wo wir sicherlich Unterstützung brauchen, aber auch zugesagt bekommen haben" (Thiels 2011). Eine verminderte Produktion der Rüstungsgüter soll und kann es laut Bundesregierung nicht geben, auch weil neben wirtschafts- und sicherheitspolitischen Gründen eine Rüstungsindustrie als „nationale Identitätsfrage“ gesehen wird, so Claus Warnken, Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium bei einer Fachtagung der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Warnken 2011).

Zudem gehört Exportförderung zu den grundlegenden Aufgaben des kapitalistischen Staates. Kapitalistische Wertschöpfung ist seine materielle Grundlage, insofern er sich von Steuern aus dem Verwertungsprozess finanziert. Dieser Prozess gerät gegenwärtig immer schärfer unter den Druck der inneren Schranke⁴ kapitalistischer

⁴ Die Substanz des Kapitals und die Quelle des Mehrwerts bildet die Lohnarbeit. „Die auf dem Arbeitsmarkts gehandelte Arbeitskraft bildet die einzige Ware, die mehr Wert erzeugen kann, als sie

Produktion: der Entsorgung der Arbeit als Grundlage der Wertschöpfung. Dies verschärft die globale Konkurrenz um Standort- und Absatzmöglichkeiten.

Die Nationalstaaten unterstützen ihre Unternehmen in der globalen Konkurrenz, um auf neue Märkte vorzudringen und somit Umsatz und Gewinn zu steigern, was wiederum Steuern für den Staat abwirft und Arbeitsplätze sichert. Unternehmen werden Ausfallgarantien gegeben (Hermesbürgschaften) und Ausfuhren immer einfacher gemacht. Die Steigerungen in den letzten Jahren und gerade auch der mögliche Export nach Saudi-Arabien, das seit 20 Jahren Panzer haben wollte und jetzt welche erhalten soll, deuten darauf hin. Es muss exportiert werden – und zwar um jeden Preis.

Gerät der Kapitalismus – wie wir gegenwärtig erleben – immer schärfer in die Krise, werden Spielräume für ethisches Handeln enger. Die Sicherung der materiellen Grundlagen des Staates und die damit verbundene Systemlogik verdrängt ethische Orientierungen. Durch den Export – der nicht zuletzt aufgrund wachsender prekärer Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht wurde – hat sich Deutschland in der Krise besser behaupten können als konkurrierende Staaten. Ob in der Not der Selbstbehauptung in der kapitalistischen Konkurrenz dieser Standortvorteil durch ethisch reglementierte Rüstungsexporte konterkariert werden kann, ist anzuzweifeln.

2. Absicherung der Funktionsfähigkeit des Kapitalismus angesichts weltweiter Krisen und Zerstörungsprozesse

Im Kapitalismus sichert Lohnarbeit die materielle Grundlage des Lebens und die Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben. „Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen haben nur diejenigen, deren Arbeit verwertbar ist. Angesichts der inneren Schranke der Kapitalverwertung (...) sinkt die Zahl der Verwertbaren, während die Zahl der ‚Überflüssigen‘ steigt“ (Böttcher 2011). Dies hat Folgen für die Weltwirtschaft. Sie schrumpft „auf eine schwindende Anzahl von Standorten der Kapitalverwertung zusammen, die von einem Meer ‚überflüssiger‘ (überflüssig im Sinne der Verwertung) Menschen und Regionen umgeben sind. Globalisierung bedeutet insofern in Wirklichkeit die Archipelisierung des Globus“ (Lohoff 1999).

Das ‚Fitmachen‘ für den Weltmarkt (Deregulierung, Privatisierung, Marktöffnung, kostengünstige Exportproduktion) ist vor diesem Hintergrund vermutlich für das Gros der Weltregionen nutzlos. Die Folgen sind wirtschaftliche und politische *Zusammenbrüche*, die „verwilderte Staatsapparate“ (Lohoff 1999) mit Klientelismus,

selbst wert ist, indem der Kapitalist die Differenz zwischen der notwendigen Arbeitszeit (dem Lohn) und der hieran anschließenden Mehrarbeit des Lohnabhängigen als Mehrwert einbehält. Je niedriger der Lohn, den der Kapitalist den Lohnabhängigen bei gleichbleibender Produktivität zahlt, desto geringer ist der Anteil der notwendigen Arbeitszeit am Arbeitstag des Arbeiters und desto höher fällt die Mehrwertrate für den Kapitalisten aus. (...) Den wichtigsten fundamentalen Widerspruch, der die kapitalistische Produktionsweise kennzeichnet, bildet (...) das konkurrenzvermittelte Bestreben zur Produktivitätssteigerung in der kapitalistischen Warenproduktion. Durch Rationalisierungsmaßnahmen, die durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt ermöglicht werden, können in einem Betrieb mehr Waren durch weniger Arbeiter hergestellt werden. Hieraus resultiert eine Reduktion des variablen Kapitals (Lohnarbeit) gegenüber dem konstanten Kapital (Maschinen und Rohstoffe) im Produktionsprozess (...). Das Kapital, dessen Substanz die Lohnarbeit bildet, ist somit bestrebt, die Lohnarbeit aus dem Produktionsprozess zu verbannen, und somit seine eigene Substanz zu untergraben. (...) Marx hat für diesen mit einem tendenziellen Fall der Profitrat einhergehenden autodestruktiven Prozess die geniale Bezeichnung des ‚prozessierenden Widerspruchs‘ eingeführt“ (Konicz 2012). Ausführlicher hierzu: Kurz 2006 und Böttcher 2010.

Korruption und ausufernder Gewalt hinterlassen. Die Überreste von Staaten verlieren „ihre Regulations- und Integrationsmacht“ (Böttcher 2011) und damit einen Großteil ihres Gewaltmonopols.

„So werden die sog. ‚neuen Kriege‘ auch nicht mehr einfach von Staaten geführt, sondern von Milizen, Warlords oder international agierenden Terrornetzwerken. Wo die Marginalisierung solche Ausmaße erreicht, dass an eine Überlebenssicherung durch Lohnarbeit nicht mehr zu denken ist, werden zudem Kriminalität und Bürgerkriege für Tausende von Menschen zu einer perversen Möglichkeit des Überlebens. Sie werden sowohl im Überlebenskampf ‚auf eigene Faust‘ als auch durch den Dienst in der Miliz eines Warlords gesucht. Die von Markt und Staat ‚regulierte‘ Konkurrenz schlägt um in einen verwilderten Konkurrenzkampf um das nackte Überleben“ (Böttcher 2011).

Solange dies nicht den Rest der kapitalistischen Welt betrifft, wird kaum ein Problem darin gesehen. Wenn allerdings Krisen und Zusammenbrüche die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Strukturen bedrohen, vor allem der Zugang zu Rohstoffen und die Sicherheit von Transportwegen nicht mehr gewährleistet sind, oder durch Migration soziale Unsicherheiten entstehen, „dann ist der Kapitalismus mit einem neuen strategischen Problem konfrontiert: Es gibt kein außen und deshalb auch keinen ‚äußeren‘ Feind mehr, gegen den ein Land zu verteidigen wäre. Der Feind kommt vielmehr aus dem Inneren des Systems selbst. Das Scheitern des globalen Verwertungsprozesses produziert die Probleme, die dann – systemkonform – militärisch bekämpft werden sollen“ (Böttcher 2011).

Regionen und Staaten, die sich den gängigen marktwirtschaftlichen Mechanismen widersetzen, werden ggf. mit ‚humanitären‘ Interventionen bekämpft. Terrorgruppen, Mafiabanden, Warlords, Piraten etc. „werden zu militärisch-weltpolizeilichen Herausforderungen, jedenfalls dann, wenn solche ‚Störpotentiale‘ zentrale Funktionsstellen des Systems bedrohen“ (Böttcher 2011). Es geht darum, dass funktionierende Zentren und Wohlstandsinseln, d.h. Standorte und deren sicherer Zugang zu Rohstoffen, gesichert werden.

Die Problematik der Rüstungsexporte müsste vor dem Hintergrund dieser Zerstörungsprozesse reflektiert und diskutiert werden. Die Rüstungsexporteure profitieren von Zerstörungen, die Folgen kapitalistischer Verwertungslogik sind, insofern diese die Nachfrage nach Waffen und anderen Sicherheitsgütern generieren.

Für die Nachfrage nach Waffen müssen Wege gebahnt werden. In die beschriebenen „Plünderungsökonomien“ (Lohoff 1999) gibt es zwar in der Regel keine offiziellen, d.h. genehmigten, Waffenlieferungen, aber trotzdem gelangen Waffen – vor allem leichte – über ‚dunkle Kanäle‘ dorthin. Nicht nur alte Kalaschnikows aus dem ehem. Ostblock, sondern auch das G3 von Heckler & Koch sind – widerrechtlicherweise – in mehreren Konfliktregionen anzutreffen. Zur Kompensation der Krise werden somit auch Absatzmöglichkeiten außerhalb von Markt und Staat genutzt.

Die Zerstörungsdynamik kapitalistischer Inwertsetzung zeigt sich in Landgrabbing, Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen, eskalierenden Konflikten (u.a. um Rohstoffe),

Repressionen oder dramatischen ökologischen Veränderungen. Hier liegen die wesentlichen Ursachen dafür, dass Menschen aus ihrer Heimat fliehen. Dies wiederum hat als Reaktion die militärische Grenzsicherung, Bekämpfung von Flüchtlingen, aber auch die Bekämpfung von Piraterie zur Folge. Für all das sind Waffen notwendig.

Zunehmende *Flüchtlingsbewegungen* (UNHCR 2011 und Ferenschild 2011), u.a. von Afrika nach Europa, sind ebenfalls ein Grund für gestiegene Aufträge an Rüstungskonzerne. Laut DAKS und Pro Asyl wurden noch unter Gaddafi vor allem deswegen Waffen nach Libyen exportiert, um durch Aufrüstung und Schulung von libyschen Polizisten und Sicherheitskräften die irreguläre Migration nach Europa einzudämmen. Vor allem die libysche Grenze zu südlichen Nachbarstaaten sollte militärisch abgesichert werden, um Wüsteneindringlinge abzuwehren. Im Jahr 2009 wurden Waffen im Wert von 272 Mio. EUR aus Europa nach Libyen verkauft, allein aus Deutschland im Wert von 53 Millionen (Friedrich/Matondo 2011). Zudem sollen auch Dual-Use-Güter verstärkt zur Grenzüberwachung eingesetzt werden (Monroy 2012).

Die *Anzahl der Kriege* ist nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nur sehr leicht gestiegen bzw. die meiste Zeit gleich geblieben. Hingegen haben andere Konfliktformen (Bürgerkriege, Drogenkriege etc.), insbesondere nach Ende des Kalten Krieges laut dem Konfliktbarometer des Heidelberger Instituts für Konfliktforschung stetig zugenommen (HIIK 2010). Dies könnte darauf hindeuten, dass Kriege und militärische Interventionen angesichts gesellschaftlicher Krisenprozesse die Aufgabe haben, die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems zu sichern, womit der Waffenhandel systemrelevant wird. Die vermeintlich ‚humanitären‘ Einsätze und gestiegenen Militärausgaben in den letzten zehn Jahren deuten darauf hin.

Krisen erzeugen Widerstand, der von Staaten bekämpft wird. Die potenzielle Wandlung in *neoliberale Polizeistaaten* (erstmalig im Chile Pinochets umgesetzt) schafft einen erhöhten Sicherheitsbedarf, der wiederum Rüstungsgüter notwendig macht. Dies ist immer wieder in vielen Ländern zu sehen, aktuell z.B. in Syrien, Zimbabwe, aber auch in Griechenland durch seine EU-Außengrenze: Zur Systemsicherung nach innen und außen bedarf es einer steigenden Zahl an Rüstungs- bzw. Sicherheitssystemen.

Inzwischen benötigt man keine Interpretation mehr, um festzustellen, dass *Handels- und Rohstoffwege auch militärisch abgesichert* werden, wenn es sein muss. Es wird ganz offen geäußert, ob von Köhler, Guttenberg oder dem Weißbuch der Bundeswehr (Zumach 2010). Die steigenden Exporte in Staaten, die Rohstoffe besitzen (z.B. Saudi-Arabien und Angola / Öl – Dubrow/Piper 2011 und Friedrich/Matondo 2011) oder von globalem sicherheitspolitischem Interesse sind (z.B. Saudi-Arabien als Gegenpol zum Iran) sprechen eine relativ klare Sprache.

3. Arbeitsplätze als Legitimation für Rüstungsexporte

In Rheinland-Pfalz und dem Saarland stellen Firmen wie das Metallwerk Elisenhütte Nassau (MEN) im gleichnamigen Ort oder die Firma Diehl in Nonnweiler Muniton, Raketen u.v.m. für die ganze Welt her. Diese Unternehmen in strukturschwachen Gegenden sichern viele hundert Arbeitsplätze, was zu Aussagen der in diesen Regionen politisch Verantwortlichen wie der des Bürgermeisters von Nassau führt: „Ich würde mir zwar was anderes wünschen, aber es gibt nichts anderes“ (Schrep 2010).

Die Gründe für die Exportsteigerungen im letzten Jahrzehnt sind sicherlich auch in dem Erhalt der geschätzten 80.000 Arbeitsplätze in Deutschland zu suchen. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieses Exportguts ist zwar marginal (ca. 0,2% machen die Rüstungsexporte an den deutschen Gesamtexporten aus), aber bei einem Milliardenvolumen auch nicht unerheblich.

Wichtig wäre es auf jeden Fall das Arbeitsplatzargument kapitalismuskritisch zu reflektieren. Arbeit im Kapitalismus abstrahiert vom Inhalt der Arbeit. In der Warenproduktion zählt kaum *was* produziert wird, sondern *dass* und *wie viel* produziert wird. Es kommt darauf an, dass mittels der Verausgabung von Arbeit Kapital vermehrt wird. Damit ist die Frage nach der Qualität der Arbeit ausgeblendet. Die Produktion orientiert sich eben nicht an menschlichen Bedürfnissen oder auch an der Lebensfeindlichkeit der Produkte als negativem Maßstab (Kurz 2006).

ArbeitnehmerInnen stehen unter dem Zwang, ihre Arbeitskraft zum Markt zu tragen, wenn sie ihre materielle Lebensgrundlage sichern wollen. Für sie gilt: Jede Arbeit ist besser als keine. Genau dies spiegelt sich in der Hartz IV-Gesetzgebung und verbindet sich mit der Drohung, bei Arbeitsverweigerung die materiellen Grundlagen der Existenz zu entziehen.

Warum sollte der Arbeitszwang der kapitalistischen Produktion bei Rüstungsexporten so einfach außer Kraft gesetzt werden können, entspricht sie doch der inneren Logik des Kapitalismus, durch Einsatz von Arbeit Geld zu vermehren. In einer Gesellschaft, die als ganze auf den irrationalen Selbstzweck der Vermehrung des Kapitals ausgerichtet ist, erscheint Rüstungsproduktion und Rüstungsexport als selbstverständlich. Daran ändert auch der offensichtliche Widersinn nichts, menschliche Arbeitskraft und Technologie als Ausdruck menschlicher Kreativität für die ‚Produktion‘ von Tod und Zerstörung einzusetzen. Im Kapitalismus geht es nicht um Leben und Vernunft, sondern um den irrationalen Selbstzweck der Vermehrung von Kapital um seiner selbst Willen. Die Produktion und der Export von Rüstung dienen diesem Zweck und in der ‚Systemlogik‘ wäre es sogar ‚unvernünftig‘, darauf zu verzichten.

Zweigleisigkeit einer Kampagne: Realpolitische Handlungsoptionen und radikale Kritik

Die Zerstörungskraft des Kapitalismus drückt sich meist in nicht direkt sichtbaren Strukturen aus. Rüstungsgüter und ihr Gebrauch sind hingegen ein bildhafter Ausdruck dieser Zerstörungskraft und Teil einer in der Krise zunehmenden Militarisierung. Je weniger die ‚unsichtbare Hand‘ des Marktes ihre vermeintlich segensreiche Wirkung entfalten kann, desto mehr wird die sichtbare Faust des Militärs in Stellung gebracht, um die bedrohte Funktionsfähigkeit des

Verwertungsprozesses aufrecht zu erhalten (Böttcher 2011). Auch wenn Rüstungsgüter nur einen geringen Anteil am deutschen Gesamtexport ausmachen, so sind der Anstieg des Waffenexports und die potenzielle sowie immer häufiger zu sehende, tatsächliche Zerstörungskraft von Rüstungsgütern so groß, dass die im Mai 2011 gestartete Kampagne zwingend erforderlich wurde. Die Empfindsamkeit für das Leid, das diese Waffen anrichten, muss sich mit analytischen Fragen nach der Funktion dieser Waffen in den gegenwärtigen politisch-ökonomischen Konstellationen verbinden, der ‚Aufschrei‘ also zum Nachdenken führen. Die aufgezeigten Thesen sollen die oft in Kampagnen im Schatten stehende systemische Kritik in den Vordergrund stellen und zur Diskussion anregen.

Eine Kampagne lebt aber auch von ihrer Handlungsorientierung. Und jeder Waffenexport, der wegen dieser Kampagne erschwert oder gar verhindert wird, ist humanitäre Pflicht, auch wenn er das System nicht verändert. Um also den Export von Rüstungsgütern und seine menschenverachtenden Folgen zu minimieren, haben sich zahlreiche Organisationen und Gruppen aus der Friedensbewegung und entwicklungspolitischen ‚Szene‘ in der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ zusammengeschlossen. Die Ziele der Kampagne wurden im letzten Netztelegramm (Kloos 2011) bereits vorgestellt. Das Ökumenische Netz unterstützt die Kampagne in ihrem Anliegen, den Opfern dieser globalen Prozesse eine Stimme zu geben. Zum Beispiel war Emanuel Matondo aus Angola am 6. März 2012 in Koblenz zu Gast, der über die Auswirkungen deutscher Waffen im südlichen Afrika berichtete. Zudem sollen eine Unterschriftenaktion (auch online unter www.aufschrei-waffenhandel.de) zu einer Grundgesetzänderung, Mahnwachen und andere Aktivitäten zukünftige Exporte so schwierig wie möglich machen, um damit Menschen vor den zerstörerischen Auswirkungen von Waffen zu schützen. Dass solche Kampagnen Erfolg haben können, zeigen das Verbot von Antipersonenminen (www.landmine.de) oder der Rückzug der Deutschen Bank aus dem Geschäft mit Streumunition auf Druck von urgewald und Facing Finance (Happe 2011).

Im Ökumenischen Netz geht es uns darum, nach Wegen zu suchen, ‚das Ganze‘ zu verändern. ‚Das Ganze‘ ist nicht weniger als die Unterwerfung der Gesellschaft unter die Irrationalität der kapitalistischen Warenproduktion und deren Absicherung durch die sichtbare Gewalt des Militärs. An letzterem wird besonders deutlich, dass der kapitalistische Verwertungsprozess ‚über Leichen geht‘. Jede Waffe, die nicht verkauft und eingesetzt wird, ist ein humanitärer Erfolg. Aber es muss deutlich werden: Es geht um noch mehr.

Literatur/Quellen

BAFA 2011,

<http://www.bafa.de/ausfuhrkontrolle/de/arbeitshilfen/merkblaetter/kurzdarstellung.pdf> (19.1.12), S. 18.

Böttcher 2010: Die Krise verstehen, http://www.oekumenisches-netz.de/Die_Krise_verstehen_Bonn_10.pdf (19.1.12).

Böttcher 2011: Die Bundeswehr greift an, in: Netztelegramm März 2011, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, S. 2-4.

DAKS 2004: Im Visier: Heckler & Koch, hrsg. v. Deutschen Aktionsnetz Kleinewaffen Stoppen (DAKS).

Dubrow/Piper: Deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien <http://aufschrei-waffenhandel.de/fileadmin/dokumente/dateien-or/pdf->

[dokumente/R%C3%BCstungslieferungen-deutscher-Firmen-an-Saudi-Arabien.pdf](#)
(15.12.11).

Ferenschild 2010: Abschnitt aus einem Vortrag von Dr. Sabine Ferenschild mit dem Titel „Die Krise der Wirtschaft verstehen“ am 15.9.2010 in Wittlich.

Ferenschild 2011: http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2011/2011-24_Jede_geht_warum_nicht_Du_Arbeitsmigration_westafrikanischer_Frauen.pdf

Friedrich/Matondo 2011: Waffenexporte ins südliche Afrika. Ein Geschäft mit dem Tod, connection e.V., Offenbach.

Friedrichs/Hildebrandt 2011: Leo geht in die Wüste. Der Panzerdeal nimmt Form an, <http://www.zeit.de/2011/50/Panzer-Leopard> (16.12.11)

German Foreign Policy 2011: Von nationaler Bedeutung. Eine Studie des IG Metall-Vorstands über den „militärischen Schiffbau“ führt zu energischen Protesten, <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58160> (29.9.2011).

GKKE 2010: Rüstungsexportbericht der GKKE 2010 (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung),

http://www3.gkke.org/fileadmin/files/publikationen/2010/REB_2010_fuer_Presse.pdf
(16.12.11).

GKKE 2011: Rüstungsexportbericht 2011 der GKKE (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung), http://www3.gkke.org/fileadmin/files/downloads-allgemein/REB_2011_fuer_Presse.pdf (16.12.11).

Grässlin 2009: „Volle Auftragsbücher“ und eine „starke Nachfrage“. Kriegsprofiteure in Zeiten der Wirtschaftskrise, in: Friedensforum. Zeitschrift der Friedensbewegung 5/2009, S. 17-19.

Grebe 2011: Vortrag/Aussagen von BICC-Vertreter Jan Grebe auf der Fachtagung „Leopard, G 36 oder Fregatte - Deutschland als Waffenexporteur. Zur Theorie und Praxis restriktiver Exportrichtlinien“ am 19. Oktober 2011 in Koblenz/Kurt-Esser-Haus, http://www.politische-bildung-rlp.de/uploads/tx_usernewsevents/ruestungsexporteur_deutschland_Grebe.pdf
(16.12.11).

Heckler & Koch 2011: Erfolgreiches Geschäftsjahr 2010, <http://www.heckler-koch.com/de/unternehmen/news/detail/article/erfolgreiches-geschaeftsjahr-2010.html>
(16.12.11)

Heinz 2011: Die Aussichten bleiben düster. Düstere Aussichten für den schwarzen Kontinent: Kriminalität und Gewalt hemmen die Entwicklung in Afrika, in: Paulinus. Wochenzeitung im Bistum Trier, Nr. 31, 31. Juli 2011, S. 1.

HIK 2010: Conflict Barometer 2010, http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2010.pdf (9.1.2012).

Kloos 2011: Ökumenisches Netz unterstützt Rüstungsexportkampagne, in: Netztelegramm Oktober 2011, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, S. 4.

Konicz 2012: Europa in der Krise, <http://www.jungewelt.de/2012/01-14/026.php> (9.2.12).

Kurz 2006: Marx lesen! Die wichtigsten Texte von Karl Marx für das 21. Jahrhundert. Herausgegeben und kommentiert von Robert Kurz, Frankfurt a.M.

Lohoff 1999: Das siebte Leben der Marktwirtschaft. Staatszerfall und neue Weltordnung, in iz3w Juli 1999, S. 18-20.

Moltmann 2011: Im Dunkeln ist gut munkeln. Oder: Die Not mit der Transparenz in der deutschen Rüstungsexportpolitik, HSFK Standpunkte 1/2011.
(http://www.hsfk.de/Publikationen.9.0.html?&no_cache=1&detail=4238&no_cache=0&cHash=fc225297fb, 19.1.2012).

Monroy 2012: EU will mehr Drohnen gegen Migranten einsetzen, <http://www.jungewelt.de/2012/01-14/026.php> (9.2.12).

ORL 2011: Zum Hintergrund der von Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes und der Entstehung des Kriegswaffenkontrollgesetzes bzw. des Außenwirtschaftsgesetzes, http://aufschrei-waffenhandel.de/fileadmin/dokumente/dateien-or/pdf-dokumente/Brosch%C3%BCre_Hintergrund_26_Abs_2_GG_Oktober_2011_.pdf (16.12.11)

Schrep 2010: „Wir beliefern nur die Guten“, <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,709123,00.html> (27.7.2010).

Spiegel 2012: Waffenumsätze steigen auf 411 Milliarden Dollar,
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,817728,00.html> (3.3.12).

Süddeutsche 2011: Die Welt rüstet auf. Das Geschäft mit den Waffen,
<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/das-geschaeft-mit-den-waffen-die-welt-ruestet-auf-1.1062888> (25.8.11).

Thiels 2011: Verteidigungsminister verhandelt über Streichliste. Rüstungsindustrie erwartet Unterstützung,
<http://www.tagesschau.de/inland/bundeswehrruestung100-mobil.html> (17.12.11)

UNHCR 2011: Global Trends 2010,
http://www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/06_service/zahlen_und_statistik/UNHCR_GLOBAL_TRENDS_2010.pdf (16.12.11).

Happe 2011: Deutsche Bank reagiert auf Druck. Rückzug aus Geschäft mit Streumunition,
<http://urgewald.org/presse/deutsche-bank-reagiert-auf-druck-r%C3%BCckzug-aus-gesch%C3%A4ft-mit-streumunition-0> (17.12.11).

Warnken 2011: Vortrag/Aussagen des Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium, Claus Warnken, auf der Fachtagung „Leopard, G 36 oder Fregatte - Deutschland als Waffenexporteur. Zur Theorie und Praxis restriktiver Exportrichtlinien“ am 19. Oktober 2011 in Koblenz/Kurt-Esser-Haus, http://www.politische-bildung-rlp.de/uploads/tx_usernewsevents/deutsche_ruestungsexportpolitik_Warnken.pdf (19.1.12).

Zumach 2010: Rohstoffkriege. Die Kriege der Zukunft, in pax christi Zeitschrift (Bistum Limburg), http://www.pax-christi.de/uploads/media/pcz_4_2010.pdf (15.12.11), S. 1-2.